

Von Dr. Christoph Luchsinger, +41 76 392 03 20, [luchs@schatten-kabinett.ch](mailto:luchs@schatten-kabinett.ch)

- Mitglied «Die Mitte» ( [www.die-mitte.ch](http://www.die-mitte.ch) )
- alt Gemeinderat Stadt Zürich für die Kreise 1 & 2
- Redaktor [www.schatten-kabinett.ch](http://www.schatten-kabinett.ch)
- Universitätsdozent Mathematik
- Kleinunternehmer: Gründer [www.acad.jobs](http://www.acad.jobs) : akademische Stellen weltweit – und die besten Jobs in der Privatwirtschaft

Artikel auf [www.schatten-kabinett.ch](http://www.schatten-kabinett.ch) sind keine Einführungen in ein Thema, sondern Memos und Checklisten für Praktiker. Buchbesprechungen ersetzen nicht die Lektüre des Originals. Sie finden hier auch sehr gute Formulierungen, um komplexe Zusammenhänge kompakt zusammenzufassen oder Schlagworte, um ihre bereits vorhandene Rede zu würzen. Falls wir irgendwo Urheberrechte verletzen, bitte umgehend mit Nachweis melden: wir werden dann die jeweiligen Passagen neu als Zitate kennzeichnen.

### **Plädoyer für eine neue Sozialdemokratie**

In der Schweiz ist es in der Vergangenheit vorgekommen, dass die SP der FDP empfohlen hat, wie sie sein soll. Das führte dann zur abschätzigen Formulierung: **«Freisinnig, wie es der SP gefällt»**. Drehen wir doch mal den Spiess um. In Anbetracht zusammenbrechender sozialdemokratischer Parteien und in die Bedeutungslosigkeit absinkender Gewerkschaften in Europa: was sollte zwingend eine neue Sozialdemokratie beachten?

Man sollte sich nicht gegen den ökonomischen Hausverstand stellen. Ein paar konkrete Punkte:

- Wenn die Leute immer älter werden und dabei länger gesund sind und die gleiche Rente wollen, müssen sie länger arbeiten. Höhere Abgaben schaden dem Wirtschaftsstandort.
- Mindestlöhne haben starke Nebenwirkungen gegen die schwächsten Arbeitnehmer selber, ebenso Schutzmassnahmen gegen Entlassungen.
- Maximalpreise (Wohnungen) und Mindestpreise (Landwirtschaft) haben starke Nebenwirkungen (zum Beispiel für die schwächsten Wohnungssuchenden) und sollten durch Direktzahlungen ersetzt werden.
- Allgemein: Preise haben nicht nur sozialpolitische Auswirkungen. Preise haben jenseits der Sozialpolitik wichtige Signal-, Anreiz- und Steuerungsfunktionen in einer dezentralen Marktwirtschaft. Wird der Preismechanismus ausser Kraft gesetzt, führt dies zu Problemen.
- Kein Missbrauch des Staates und der Demokratie durch explizite oder implizite Bevorzugung der eigenen Mitglieder oder Wähler, weder legal durch massgeschneiderte Gesetze, noch halb- bis illegal durch Korruption, Klüngel-/Vetternwirtschaft und innovative andere Mechanismen, sofern damit nicht gezielte Sozialpolitik gemacht wird.
- Für eine schlanke Verwaltung, einen effizienten Staat.
- Für dezentrale Lösungen.
- Schuldenmachen ist schlecht. Wachsende Staatsquoten und Inflation ebenso.
- Umverteilung kann man machen; aber es schwächt das Wachstum.
- Die Sozialpolitik muss zielgerichtet sein, von oben nach unten und nicht jeder gibt jedem. Keine Sozialpolitik nur für die eigenen Partei- und Gewerkschaftsmitglieder.
- Wenn immer mehr Gleichheit geschaffen werden sollte, leidet die Freiheit.

- Auch wenn wir für gute Anstellungsbedingungen auch beim Staat sind, zum Schluss dieser Auflistung, noch ein paar revolutionäre Einsichten:
  - Die Entwicklungshilfe müsste eigentlich den Bewohnern der Entwicklungsländern dienen und nicht den Entwicklungshelfern (ob Entwicklungshilfe überhaupt funktionieren kann ist eine andere, sehr berechnete, Frage).
  - Der Sozialstaat sollte eigentlich den Bedürftigen helfen und für sozialen Ausgleich sorgen und ist nicht primär für die Sozialintegratoren und Sozialarbeiter da.
  - Die Bildung sollte den Schülern und Studenten zugutekommen und ist nicht für die Lehrer da.
  - Die Kultur sollte eigentlich für die Bevölkerung da sein und nicht für die Künstler.
  - Die Verwaltung sollte für die Bürger da sein und nicht für die Beamten.
  - Das Gesundheitswesen sollte für die Pflege und Heilung der Alten und Kranken da sein und nicht für die dortigen Angestellten.

Die heutige internationale Finanzarchitektur und das heutige Bankenwesen darf man ruhig angreifen, sogar viel mehr. Dieses ist nämlich nicht auf liberalem Mist gewachsen. Bitte orientiert euch beim Angriff an der österreichischen Schule der Nationalökonomie! Keine billige Kritik an der SNB – diese kann selber wenig ausrichten.

Auf der gesellschaftspolitischen Ebene muss man endlich Schluss machen mit der 68er Nostalgie. Diese selbstherrliche Verklärung der 68er-Vergangenheit als etwas moralisch massiv Überlegenes sollte endlich hinterfragt werden. Man sollte die folgenden, hochkritischen Punkte bitte gleich selber bringen statt zu hoffen, dass keine anwesenden Personen widersprechen (welche man dann normalerweise einfach niederschreit):

- Man kann sicher die damalige, verstaubte Gesellschaft kritisieren. Aber bereits hier muss man die Art der Kritik differenzieren: die Kritik war leider selten ein ehrliches Bedürfnis wegen innerer Konflikte, sondern im Normalfall pure Lust an der Provokation. Es ging den Aktivisten selten um die Verbesserung der Lage, sondern um den Applaus in den eigenen Reihen. Dies war nicht nur ein amoralischer Missbrauch von Themen, sondern auch dumm, da es ein unnötiger Steilpass für stockkonservative Ewiggestrige war: die Abwehr durchaus berechtigter Anliegen der 68er wurde durch deren Dummheit sehr einfach.
- Der danach in den 70er Jahren eingeschlagene Kurs in der realen Politik ist ein massiver Verrat an den ursprünglichen Zielen: hatte die junge Generation damals in erster Linie unter einer verstaubten und festgefahrenen *Zivilgesellschaft und des Privaten* der Alten gelitten, hat man danach *über die Politik* sich den Wunschstaat geschaffen und sich sehr bequem darin eingerichtet. Dies ist aber – wie wir heute in ganz Europa sehen – wesentlich schädlicher für die jetzt nachfolgende Generation der heute Jüngeren: während die verstaubte Zivilgesellschaft sich durch Absterben rasch historisiert hätte, leiden wir heute unter dem überbordenden Staat, welcher äusserst schwierig in Schranken gehalten, geschweige denn zurückgebaut werden kann. Die Jungen haben kaum mehr Gestaltungsmöglichkeiten. Egoistischer geht es nicht!

- Während man früher gegen autoritäre Vorschriften der Konservativen *im Privatleben* zu Recht rebellierte, ist man heute selber federführend beim Schaffen von einengenden Vorschriften für die Mitbürger/innen *mit Hilfe des Staates* und zementiert damit diese Vorschriften.
- Die Aufarbeitung der NS-Verbrechen der Elterngeneration in Deutschland wurde schon vorher begonnen und hatte nicht auf die 68er gewartet.
- Man konnte das Engagement der USA in Vietnam kritisieren. Auch Südvietnam musste kritisiert werden. Aber musste man dann gleich *für* Nordvietnam sein? Erst Jahrzehnte nach dem Sieg des kommunistischen Nordvietnams findet endlich in Vietnam eine zaghafte Liberalisierung statt. Kaum ein 68er ist zwischen diesen Zeiten in dieses Land ausgewandert.
- Und wann wird Mao Zedong endlich auch im linken Mainstream nicht mehr weiter als Lichtgestalt und grosser Philosoph gefeiert, sondern als grösster Massenmörder aller Zeiten erkannt?
- Auch längst überfällig ist die Entsorgung
  - von rotem Stern, Hammer und Sichel, Symbole millionenfachen Massenmordes
  - des Egomaneen Che Guevara
  - von Jean Ziegler, SP-Mitglied und moralische Instanz des Schweizer Fernsehens und praktisch bis zum Schluss unbelehrbarer, enger Freund von Massenmörder Muammar al-Gaddafi.

Studieren Sie ernsthaft [www.schatten-kabinett.ch](http://www.schatten-kabinett.ch) und dort insbesondere [www.schatten-kabinett.ch/29](http://www.schatten-kabinett.ch/29) und überlegen Sie sich, ob Sie nicht das eine oder andere doch übernehmen wollen. Je effizienter und besser Sie Wirtschafts- und Finanzpolitik machen (im liberalen Sinn), desto mehr Mittel haben Sie danach für Ihre linken Projekte.

Einmal diese Grundsätze akzeptiert, bleibt immer noch *sehr viel* Platz für eine pointierte linke Politik! Den Rest können Sie getrost den blutrünstigen Panzerkommunisten der Breschnew-Klasse überlassen.